



Medienmitteilung

Ja zur Zusammenarbeit – ABER nicht in dieser Form.

Der Verein *Gesundheit für alle* begrüsst die Bestrebungen der Kantone BS und BL nach einer stärkeren Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich. Er lehnt die vorgeschlagene Rechtsform einer Aktiengesellschaft als weiteren Schritt in Richtung Privatisierung der öffentlichen Spitäler ab. Er schlägt er als Organisationsform einen Spitalverbund vor. Die Kriterien für die Spitallisten sollen neu erarbeitet werden. Für *Gesundheit für alle* ist es zentral, dass bei jeder neuen Form der Zusammenarbeit die Stellung der Pflege aufgewertet wird. Gesundheit für alle begrüsst die Verlagerung zu mehr ambulanten Eingriffen, fordert aber eine differenziertere Beleuchtung der Kosten. Der Verein stellt die Notwendigkeit eines Neubaus auf dem Bruderholz in Frage.

Der Verein Gesundheit für alle begrüsst die Bestrebungen der Kantone BS und BL nach einer stärkeren Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich. Diese müsste zum Ziel haben, eine flächendeckende, gute medizinische Versorgung aller Bevölkerungsschichten zu garantieren, den Universitätsstandort langfristig zu sichern, Überkapazitäten und unnötige Konkurrenz abzubauen und so zu einer Reduktion der Kosten und damit auch der Krankenkassenprämien beizutragen.

Der Verein bezweifelt allerdings, dass der vorliegende Entwurf eines Staatsvertrags den obgenannten Zielen gerecht wird. So vermissen wir eine fundierte Analyse, wie die Überkapazitäten im Bettenbereich und bei den Hospitalisationen erklärt werden können und was dagegen unternommen werden kann. Die vorgeschlagene Rechtsform einer Aktiengesellschaft erachten wir als weiteren Schritt in Richtung Privatisierung der öffentlichen Spitäler, was weder im Interesse der Patientinnen und Patienten noch in demjenigen der Prämienzahlenden wäre.

Der Verein Gesundheit für alle ist überzeugt, dass die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung nicht dem Markt überlassen werden darf, sondern als Service public von der öffentlichen Hand garantiert werden muss, wie das die Verfassung vorsieht. Das bedingt eine demokratische Steuerung und Kontrolle der wichtigsten medizinischen Leistungserbringer unter Einbezug der Parlamente und – via Initiative und Referendum – auch der Bevölkerung. Der Verein schlägt deshalb anstelle der Spitalgruppe AG einen Spitalverbund vor. Damit könnten die eingangs erwähnten Ziele besser erreicht werden, ohne Demokratieabbau und andere unerwünschte Risiken und Nebenwirkungen.

Der Verein Gesundheit für alle ist der Meinung, dass die Kriterien für die Spitallisten neu überarbeitet werden müssen. Wir wenden uns entschieden gegen die „Gleichbehandlung



von privaten und öffentlichen Leistungserbringern“, da wir der Ansicht sind, dass Ungleiches nicht gleichbehandelt werden kann.

Für den Verein Gesundheit für alle ist die Stellung der Pflege in den neuen Strukturen entscheidend. Pflegefachleute müssen unter guten Bedingungen ihre verantwortungsvolle Arbeit verrichten können. Ihre Bedeutung gehört aufgewertet. Dazu gehört ein guter Lohn und gute Sozialleistungen. Ist dies nicht garantiert, kommt es zu hoher Fluktuation, was für Arbeitsklima und Qualität fatale Folgen haben.

Auch wenn wir eine Verlagerung zu mehr ambulanten Eingriffen befürworten, vermissen wir in den Unterlagen die nötige Differenzierung dazu, Auch bezweifeln wir, dass dafür die Notwendigkeit einer neuen Klinik auf dem Bruderholz besteht, In Basel ist ein Neubau für das Spital geplant. Dort sollte es möglich sein, die dafür nötigen Räumlichkeiten unterzubringen.

Für den Vorstand des Vereins Gesundheit für alle

Dr. Daniel Gelzer, Hausarzt, d.gelzer@bluewin.ch / Tel.: 061 691 04 04

Frau Silvia Brodmann, Pflegefachfrau, sbrodmann@bluemail.ch